

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Wenige Wochen vor Ende der Legislaturperiode wollte die rot-grüne Koalition heute ein Gesetz verabschieden, das die Einführung direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung an demokratischen Entscheidungsprozessen (sog. plebiszitäre Elemente) enthält. In einem dreistufigen Verfahren sollten Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid („Volksgesetzgebung“) eingeführt werden.

Wir haben diesen Gesetzentwurf heute im Deutschen Bundestag abgelehnt. Da es sich um eine Grundgesetzänderung handelt, war eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Der rot-grüne Gesetzentwurf ist somit gescheitert.

Die CDU/CSU-Fraktion bleibt bei ihren grundsätzlichen Bedenken gegen die Einführung von plebiszitären Elementen auf der Bundesebene.

Wir sind überzeugt von unserer parlamentarischen Demokratie. Sie hat sich bewährt und was sich bewährt hat, sollte man nicht so leichtfertig aufs Spiel setzen, wie es Rot-Grün mit diesem Gesetz versucht hat. (weitere Informationen auf Seite 2)

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Gesetz zur Einführung plebiszitärer Elemente ist verfassungswidrig und nicht praktikabel! ...S.2

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre... ...S.3

Koalitionsspiel der SPD ...S.4

DGB zwischen Lagersolidarität und Enttäuschung ...S.4

Bundesregierung macht in „(T)Euro-Populismus“...S.4

Rot-Grün: Entlassungsrekord ...S.5

Existenz deutscher Busunternehmen sichern ...S.5

Massive Steuerausfälle ...S.6

Mitgliederschwund ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Gesetz zur Einführung plebiszitärer Elemente ist verfassungswidrig und nicht praktikabel!



►► Schon bei einer Expertenanhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages vor einigen Wochen wurden von zahlreichen Experten verfassungsrechtliche Bedenken gegen dieses Gesetz geäußert.

Ein wesentliches Argument gegen das rot-grüne Gesetz ist, dass es nicht mit Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz vereinbar ist. Danach ist eine Änderung des Grundgesetzes unzulässig, wenn dadurch „die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebungberührt“ wird. Gerade dies hätte jedoch das rot-grüne Gesetz bewirkt. Das Mitwirkungsrecht der Länder an der Gesetzgebung des Bundes wird ausgehebelt, denn der Bundesrat als Interessenvertretung der Länder kann bei der sogenannten Volksgesetzgebung nicht mit abstimmen.

Völlig unzureichend sind auch die nun vorgesehenen Quoren: So sollen einfache Gesetze bereits mit einer „Mehrheit“ von 10% plus einer Stimme zustande kommen können (Mehrheit der abgegebenen Stimmen bei einer Mindestbeteiligung von 20%). Verfassungsänderungen sollen sogar nur einer Hürde von 26,7% unterworfen sein (2/3 der abgegebenen Stimmen bei einer Mindestbeteiligung von 40%). Derzeit kann unser Grundgesetz nur mit einer 2/3-Mehrheit (aller!) Mitglieder des Bundestags und zwei Dritteln (aller!) Stimmen des Bundesrats geändert werden.

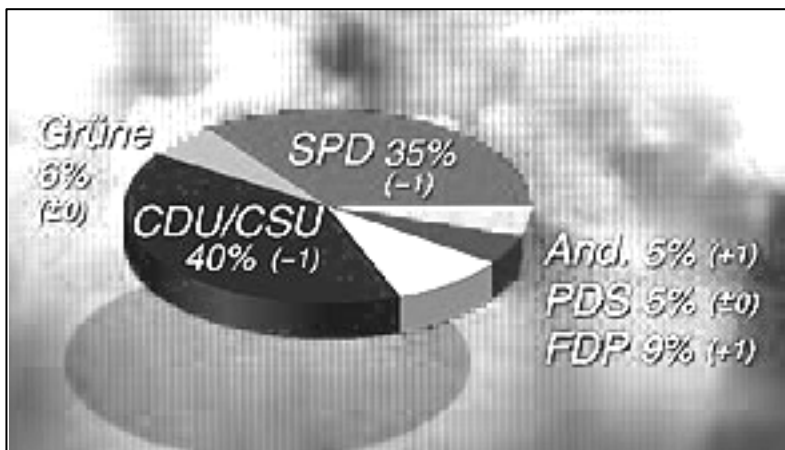
Nicht akzeptabel ist auch der von Rot-Grün vorgesehene Ausnahmekatalog: Neben der Abstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe sollen das Haushaltsgesetz, Abgabengesetze, Dienst- und Versorgungsbezüge, das Besoldungsrecht und ausgerechnet die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages von der

Volksgesetzgebung ausgeklammert werden. Dies ist niemandem plausibel zu machen, wie selbst der SPD nahestehende Experten zugeben. **Die Verfassung könnte durch Volksentscheid geändert werden, das Beamtenbesoldungsrecht darf aber nicht angerührt werden. Diese Inkonsequenz ist nicht akzeptabel.** <<



Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl

wäre... (In Klammern: Veränderung gegenüber dem Vormonat in %)



Quelle: ZDF Politbarometer vom 31. Mai 2002

Koalitionsspiel der SPD

►► Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe versenkte die Parteitagsstimmung, indem er einen Tag später die Große Koalition ins Spiel brachte. Ganz ungefährlich ist die Botschaft an den Wähler indes nicht: Man könne Schröder noch einmal wählen und gleichzeitig die Union als Regierungspartei bekommen, so lautet das versteckte Angebot.

Aber die Union will nicht mit der reformfeindlichen SPD koalieren, sondern sie in die Opposition schicken. Das Land braucht einen echten Politikwechsel. Wer die Union in der Regierung sehen will, muss CDU und CSU seine Stimme geben. <<



Spruch der Woche

"Was zu sagen war, ist gesagt, was zu tun war, getan."

Jürgen Möllemann,
FDP-Vize zu dem Streit
mit dem Zentralrat der
Juden in Deutschland

DGB zwischen Lagersolidarität und Enttäuschung



►► Das Beste am DGB-Kongress in der vergangenen Woche war der mutige und gelungene Auftritt unseres Kanzlerkandidaten. Edmund Stoiber hat klargestellt, dass die Union für soziale Sicherheit *und* für notwendige Modernisierung steht. Schröder hingegen sah sich zum Wahlkampf-Schulterschluss mit den treuesten Traditionsbataillonen der alten SPD gezwungen und konnte Begeisterung konsequenterweise nur mit einem Versprechen wecken: Reformstillstand.

Das bindet jede zukünftige SPD-Politik und bringt doch bei den Bürgern keinen Kompetenzgewinn. Laut einer Infratest-Umfrage bezeichnen 48% der Befragten die Gewerkschaften als „rückwärtsgewandt / an Bewahrung von Besitzständen orientiert“, nur 30% nennen sie „modern und zukunftsorientiert“. ◀◀

Bundesregierung macht in „(T)Euro-Populismus“

►► Schröder, Eichel und Künast veranstalten einen völlig sinn-, ergebnis- und folgenlosen „(T)Euro-Gipfel“. Wenn man Preiswucher im Zusammenhang mit der Euro-Einführung verhindern wollte, hätte man rechtzeitig für mehr Transparenz bei der Auszeichnung der Preise sorgen müssen. Die Wahrheit über die Politik von Frau Künast spricht allein Wirtschaftsminister Müller aus: **„Dieser Gipfel ist jetzt so ein bisschen populärer Schaeffekt. Das hätte nicht sein müssen.“** (Quelle: Frankfurter Rundschau 28.5.2002)

Anders der Rest der Regierung: Die Schuld für die gestiegenen Preise wird pauschal den Einzelhändlern und Dienstleistern in

die Schuhe geschoben. Eichel prügelt den Euro und damit unsere eigene Währung. Der Euro ist in Wahrheit stark.



Die Inflation in Deutschland ist hausgemacht: Ökosteuer, hohe Arbeitskosten und zum Januar erhöhte Verbrauchssteuern machen die Produkte und Dienstleistungen teurer. <<<

Rot-Grün: Entlassungsrekord

▶▶ 88 von 136 politischen Beamten mußten unter der Regierung Schröder bis März 2002 das Feld räumen. Damit ist ein historischer Höchstwert erreicht.

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden in einer Legislaturperiode so viele Führungskräfte ersetzt wie unter Schröder. Zum Vergleich: 1982 nach der Regierungsübernahme durch die Union wurden nur 42 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der Bund der Steuerzahler kritisierte auch, daß Rot-grün zusätzliche Versorgungsposten geschaffen habe. So gäbe es mehr Staatssekretäre als unter der Regierung Helmut Kohl. Ausgerechnet hier trägt Rot-Grün leider nicht die rote Laterne des Schlußlichtes. <<<



Existenz deutscher Busunternehmen sichern

▶▶ Die geplanten grundlegenden Änderungen der Rahmenbedingungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die umfassenden Aktivitäten ausländischer Großunternehmen bergen erhebliche Gefahren für die Existenz der rund 6.000 mittelständischen Busunternehmen in Deutschland.

Wir wollen deshalb von der Regierung wissen, welche Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung dieser Unternehmen ergriffen werden und wie sichergestellt werden

Wußten Sie schon,

... dass sich der der US-Sportartikelhersteller Nike seine WM-Werbekampagne 100 Millionen Dollar kosten lässt? Die Nummer zwei, Adidas, gibt 44 Millionen Dollar aus. Vergleichsweise bescheiden: Puma. Das gesamte Marketingbudget 2002 beträgt rund 80 Millionen Dollar.

soll, daß es im Zuge der Einführung neuer europäischer Rahmenbedingungen für den ÖPNV nicht zu einer Vernichtung der mittelständischen Busunternehmen kommt, wie dies bereits in Dänemark und Schweden zu beobachten ist.

Die Bundesregierung soll ein Mittelstandsförderungsprogramm für den Busverkehr zur Unterstützung der notwendigen Anpassungsprozesse an den europaweiten Wettbewerb im ÖPNV auflegen. <<<



Massive Steuerausfälle

▶▶ Die Zahlen, die der „Arbeitskreis Steuerschätzung“ Mitte Mai vorgelegt hat, haben die negativen Erwartungen noch übertroffen.

Im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2001 **fehlen dem Bund allein in diesem Jahr 5,5 Milliarden Euro.** In den Jahren 2003 und 2004 werden Bund, Länder und Kommunen jeweils mit über 17 Milliarden Euro weniger Einnahmen auskommen müssen. <<<



... das Allerletzte!

Mitgliederschwind

▶▶ Die DGB-Gewerkschaften verloren 2001 rund 270.000 Mitglieder. Allein bei der größten Einzelgewerkschaft ver.di sank die Mitgliederzahl um 132.000. (Quelle: Jahresbilanz des DGB).

In den letzten zehn Jahren sank die Zahl der im DGB-Rahmen organisierten Arbeitnehmer um fast 4 Millionen. Inzwischen repräsentieren die DGB-Gewerkschaften gerade noch 22% der Arbeitnehmer in Deutschland. Im Jahr 1990 betrug der Organisationsgrad (Anteil der DGB-Gewerkschaftsmitglieder an den abhängig Beschäftigten) noch über 30%. <<<

Der Kanzler hat eine große Sorge weniger. Die Verbreitung der Behauptung, er töne oder färbe sein Haar, ist nun gerichtlich untersagt worden. Allerdings besteht noch ein Restrisiko für den eitlen Genossen: Die unterlegene Partei will in Berufung gehen, notfalls sogar das Bundesverfassungsgericht anrufen. (Quelle: Berliner Zeitung 18.5.2002) Nach dem 22. September wird Gerhard Schröder viel Zeit haben, sich dieser wichtigen Frage zu widmen.